

**dfi analyse**  
**Krise des Euros – oder Europas?**  
**Deutsch-Französischer Dialog in**  
**Otzenhausen – Seite 1**

**dfi information**  
**Hochrangige Delegation aus der**  
**Demokratischen Republik Kon-**  
**go zum Studienbesuch in Lud-**  
**wigsburg – Seite 4**

**Das gemeinsame Schulbuch**  
**im Unterricht: Wer nutzt das**  
**deutsch-französische**  
**Geschichtsbuch? – Seite 5**

**Städtepartnerschaft Ludwigs-**  
**burg–Montbéliard wird**  
**historisch – Seite 5**

**„Deutsch-französische Aussöh-**  
**nung und Kooperation – ist die**  
**Übertragung auf andere bilate-**  
**rale Beziehungen möglich?“**  
**– Seite 6**

**Zukunft des Agro-Business:**  
**deutsch-französischer Kongress**  
**in Metz – Seite 6**

**Gemeinsame Erinnerungskultur:**  
**Erstes Treffen zwischen einem**  
**Zeitzeugen und einer Schulklas-**  
**se aus Mulhouse – Seite 7**

**dfi service**  
**Buchvorstellung: Hélène Kohl:**  
**Une vie de pintade à Berlin**  
**– Seite 7**

**Migration und Integration in**  
**Frankreich und Deutschland –**  
**eine Materialsammlung zur**  
**Unterstützung des bilingualen**  
**Unterrichts – Seite 8**

**Neuaufgabe der Materialsamm-**  
**lung zur politischen Teilhabe in**  
**Frankreich und Deutschland**  
**– Seite 8**

## Krise des Euros – oder Europas?

### Deutsch-Französischer Dialog in Otzenhausen



(v.l.n.re.) Rudolf Schäfer, Vorsitzender des Kuratoriums Stiftung Europaprofession; Klaus Wiegandt, Vorstand der Stiftung Forum für Verantwortung; Klaus-Peter Beck, Vorsitzender des Kuratoriums der ASKO EUROPA-STIFTUNG; Philipp Cerf, französischer Generalkonsul; Stephan Toscani, Minister für Inneres und Europaangelegenheiten des Saarlands; Eva Wessela, Europäische Akademie Otzenhausen, Geschäftsführung; Roswitha Jungfleisch, Europäische Akademie Otzenhausen, Geschäftsführung; Stefan Mörsdorf, Geschäftsführer der ASKO EUROPA-STIFTUNG. (Quelle: Valeri Braun)

#### dfi analyse

Die Turbulenzen des Euro-raums scheinen kein Ende zu nehmen. Kaum eine Woche vergeht, ohne dass Spekulationswellen neue Zweifel an der Wirksamkeit der beschlossenen EU-Reformen (Europäischer Stabilitätsmechanismus, reformierter Stabilitäts- und Wachstumspakt) nähren oder die Fähigkeit der Krisenländer infrage stellen, ihre Haushaltsanierung voranzubringen. Der Expertenstreit über notwendige Reaktionen ist in vollem Gange: eine etwaige Umschuldung, *hair cut*, Zinskonditionen, Sinn und Unsinn der Sparauflagen werden ebenso heftig diskutiert wie die grundsätzlichen Fragen der Euro-Konstruktion. Dies alles wird begleitet von zunehmend schrilleren Tönen in der Öffentlichkeit, die zuweilen irrealer Züge annehmen. „Keine Transferunion!“ lautet gegenwärtig ein deutsches Mantra – als ob nicht längst Elemente von Finanztransfers in der EU existierten; als ob es möglich sei, sich gegen Fehlentwicklungen einzelner Partner der Eurozone zu immunisieren; als ob es nicht im ureigenen deutschen Interesse läge, das Auseinanderbrechen der Währungsunion zu verhindern.

#### Von der Schuldenkrise zur politischen Krise

Derartige Diskussionen bewegen sich nicht nur fernab jeglicher Realität. Das eigentlich Beunruhigende daran ist, dass sie zunehmend eine rein

nationale Sichtweise einnehmen, dass nationale gegen europäische Interessen aufgerechnet und beide als gegensätzlich definiert werden. Europaweit können wir eine neuartige Form des „besitzstandwahrenden Populismus“ (Dominique Reynié) ausmachen. Dieser wird von den seit langem existierenden, am rechten Rand fischenden Parteien (Front National, Lega Nord) artikuliert. Er äußert sich aber auch in den zunehmend schriller werdenden separatistischen Forderungen wohlhabender Regionen (Katalonien in Spanien, Schottland in Großbritannien, Flandern in Belgien...), und schließlich findet er seinen Weg über die Forderung nach der „Verteidigung nationaler Interessen“ bis weit in die politische Mitte der Kernländer der EU hinein (als ob frühere Bundesregierungen, unter Bundeskanzler Helmut Kohl etwa, „deutsche Interessen“ nicht verteidigt hätten!). Das Ergebnis der Wahlen in Finnland, einem der wohlhabendsten Mitgliedsländer mit einem überdurchschnittlich hohen Bildungsniveau, einer Arbeitslosenquote im Durchschnitt der EU und einer bisher nicht als europaskeptisch aufgefallenen Bevölkerung, steht als vorerst letztes Glied in einer ganzen Kette: Am 16. April 2011 wählten 19 % die „Wahren Finnen“, eine Partei, die strikt gegen den Euro-Stabilitätsmechanismus ist, die Ausländerpolitik verschärfen will, gleichgeschlechtlichen Paaren die Anerkennung verweigern sowie Abtreibungen verbieten will.

Fortsetzung auf Seite 2

*Fortsetzung von Seite 1*

So disparat die Fälle auch sein mögen, so unterschiedlich die Kontexte – immer finden sich zwei Komponenten, die diesen „neuen Populismus“ auszeichnen: Einerseits ein ökonomisch drapiertes, materielles Argument, das auf die Wahrung des eigenen Besitzstandes zielt und Solidaritätsforderungen „der Anderen“ als rundweg illegitim ablehnt. Wer aber sind „die Anderen“? Hier findet sich die zweite Komponente, die den „neuen Populismus“ zu einem für die EU potentiell gefährlichen Sprengsatz werden lässt: Die populistischen Bewegungen beziehen sich immer auf ein Kollektiv, dessen kulturell oder identitär definierte Eigenheiten regelmäßig als „bedroht“ angesehen werden und in dessen Namen Forderungen erhoben werden. Im Namen der „Identität“ dieses Kollektivs (Regionen, Nationen, Völker, Zivilisationen) wird verlangt, dass alle, die zu dieser Gruppe gehören (und am Gemeinwesen teilhaben wollen) dieselbe Sprache sprechen, sich zur selben Geschichte bekennen, derselben Religion angehören oder sogar demselben Volk entstammen. Das politische Gemeinwesen wird nicht mehr vom Individuum und seinen unveräußerlichen Rechten her gedacht, sondern vom



(v.l.n.re.) Klaus-Peter Beck, Vorsitzender des Kuratoriums der ASKO EUROPA-STIFTUNG; Georg Walter, Referatsleiter Deutsch-Französische Beziehungen der ASKO EUROPA-STIFTUNG; Dr. Jürgen Albers, saarländischer Rundfunk, Saarbrücken. (Quelle: Valeri Braun)

Kollektiv, in dessen Namen von jedermann „Integration“ eingefordert wird, die gesellschaftliche Bereicherung und wirtschaftliche Innovationskraft, die sich aus Austausch und Auseinandersetzung mit Fremden ergeben, jedoch übergangen werden. Doch reicht es aus, die wortwörtliche Begrenztheit und Beschränktheit dieses Phänomens zu benennen, um es seiner offensichtlichen Attraktivität zu berauben und damit den Sprengsatz für das Gemeinschaftsmodell zu entschärfen?

### Währungs- und Krisen der europäischen Demokratie

Die Währungs- und die „neue Populismus“-Krisen sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Das Problem ist ein doppeltes: Zum einen hat die zunehmende Verregulierung der nationalen Politik im Zusammenhang mit Prozessen der Europäisierung und Internationalisierung die mögliche Spannweite politischer Alternativen, die for-

*Fortsetzung auf Seite 3*

## 13. Deutsch-Französischer Dialog, 5. und 6. Mai 2011, Europäische Akademie Otzenhausen

### Eurokrise und Nationalismus in Europa: Ist die Integration am Ende?

#### Antworten aus Deutschland, Frankreich und Polen

##### Ein Projekt der ASKO EUROPA-STIFTUNG

Mehr als 150 Teilnehmer aus Deutschland, Frankreich, Polen und weiteren Ländern waren ins Saarland gekommen, um sich aktiv an der Diskussion um die Zukunft Europas zu beteiligen. Die gestellte Frage konnte aktueller nicht sein: Können wir davon ausgehen, dass die europäische Integration wie bisher weitergeht, oder sind Schuldenkrise und um sich greifender Egoismus Ausdruck einer viel tieferen Krise der EU? Auf dem Eröffnungspodium, das von dfi-Direktor Frank Baasner geleitet wurde, steckten Thomas Hanke (Handelsblatt), Pierre-Alain Muet (Assemblée Nationale) und Andrzej Lisiecki-Zurowski (ständige Vertretung Polens bei der EU) den Rahmen der Diskussion ab. In der Tat, so das Fazit der ersten Runde, sind die gemeinschaftlichen Instrumente der EU nicht in der Lage, koordiniert mit den enormen Herausforderungen der Euro- und Schuldenkrise umzugehen. Dazu kommen immer stärkere regionalistische oder nationalistische Bewegungen, die bei Wahlen große Erfolge feiern und oft mit einem Kurs gegen die aktuelle EU punkten. Ein Lichtblick in dieser Situation ist Polen insofern, als das Land mehr und mehr zum positiven Beispiel in den jüngeren Mitgliedstaaten wird. Die ökonomischen



13. Deutsch-Französischer Dialog, Europäische Akademie Otzenhausen

ischen Erfolge Polens sind beachtlich und der politische Wille, die EU aktiv mit zu gestalten, ist sehr weit entwickelt. Den drei Aspekten des Themas gingen die drei Arbeitsgruppen (Eurokrise, Nationalismen, Rolle Polens) am Donnerstag Nachmittag und Freitag Vormittag nach, bevor auf dem abschließenden Podium eine Bilanz versucht wurde. Zwei Punkte seien besonders hervorgehoben: Die populistischen Parteien und Bewegungen in vielen europäischen Staaten sollten nicht einfach mit dem Etikett „rechtsradikal“ versehen und weggeschoben werden, sondern als Ausdruck eines tiefen Unbehagens der Bürger von den etablierten Parteien ernst genommen werden.

Zweitens: Die alte Idee einer föderalen Ordnung Europas verdient es, heute neu belebt und präzisiert zu werden, wenn die europäischen Partnerländer dauerhaft mit ihren Schulden und der gemeinsamen Währung umgehen wollen.

Das dfi ist seit vielen Jahren Partner des Deutsch-Französischen Dialogs und wirkt bei Konzeption und Umsetzung mit.

Zum Programm:

• [www.asko-europa-stiftung.de](http://www.asko-europa-stiftung.de)

Frank Baasner • [baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de)



*Fortsetzung von Seite 2*

muliert, zur Wahl gestellt und verwirklicht werden können, stark verengt. Zum anderen fehlen die politischen Instrumente und Institutionen, um die Krise durch gemeinsame Politik zu überwinden: Die Attraktivität der populistischen Denkmuster erklärt sich aus einer weit verbreiteten Politikverdrossenheit, die ihrerseits aus der scheinbaren Abwesenheit politischer Alternativen resultiert. Wenn am Ende doch die „Experten“ entscheiden, wenn politische Alternativen und ihre Konsequenzen nicht mehr gemeinsam diskutiert werden können und es vor allem an den institutionellen Rahmenbedingungen fehlt, eine einmal durch die Bürger gewählte politische Alternative in die Realität umzusetzen, erscheint der demokratische Prozess überflüssig. Dies treibt gerade diejenigen engagierten Bürger, die noch an die Demokratie und den politischen Wettbewerb glauben, in die Arme der populistischen Rattenfänger.

Die Wahl von Protestparteien, die für sich in Anspruch nehmen, im „Namen des Volkes“ die Eigenheiten und materiellen Grundlagen einer Gruppe zu verteidigen, stellt mithin ein Ventil dar, um Unmut zu äußern. Dabei ist den Wählern einer solchen Gruppe „das Hemd näher als der Rock“, sie interessieren sich zunächst für ihre Kleingruppe (Region, Nation), bevor sie sich um das Schicksal der EU als Ganzes kümmern. Doch kann man ihnen das wirklich vorwerfen?

Welche Wege gäbe es, diesen Fliehkräften Einhalt zu gebieten, die Ansprüche an demokratisches Regieren nicht nur der Form nach einzulösen und den Bürgern echte politische Gestaltungsmöglichkeiten zurück zu geben?

### ■ Wege aus der Krise: Gemeinschaftliche Politikgestaltung

„Wir haben keine Euro-Krise, sondern eine Krise der Europäischen Union“, formuliert Helmut Schmidt kurz und bündig in der ZEIT (5. 5. 2011) und verweist damit auf die Notwendigkeit, sich über Finanzpolitik und Haushaltsprobleme hinaus den bislang ungelösten Grundsatzfragen der europäischen Integration zu stellen. Der jüngste Deutsch-Französische Dialog in Otzenhausen über „Eurokrise und Nationalismus in Europa“ (siehe Kasten, Seite 2) hat beispielhaft gezeigt, wie fruchtbar es ist, wenn man die anstehenden Probleme im Zusammenhang sowie in einer europäischen Perspektive diskutiert. Für die Europapolitik der kommenden Jahre heißt dies:

*Denkverbote helfen nicht.* Die deutsche Politik in der Währungsunion ist dafür ein beredtes Beispiel. „Keine Wirtschaftsregierung!“ war die jahrelange Antwort auf entsprechende französische



Publikum beim Deutsch-Französischen Dialog in Otzenhausen (Quelle: Valeri Braun)

Forderungen. Diese Tabuisierung hat dem berechtigten Ziel, Schaden von den deutschen wirtschaftspolitischen Kernanliegen abzuwenden, nur bedingt genutzt und Deutschland in eine defensive Rolle gebracht. Denn Tatsache ist, dass die Währungsunion nicht weniger, sondern mehr wirtschaftspolitische Koordinierung braucht. Deshalb war es richtig, dass Angela Merkel das Tabu fallen gelassen hat und stattdessen offensiv auf Themen und Inhalte der Koordinierung Einfluss zu nehmen versucht. Damit wird der Weg frei für eine wirkliche Debatte über gemeinsame Ziele und Politikansätze in Europa. Auch die kategorischen Imperative „Kein bail out!“ und „Keine Transferunion!“, deren Brüchigkeit von Anfang an sichtbar war, sind wenig hilfreich gewesen. Markige Tabus aufzustellen, die von der Realität eingeholt und damit Makulatur werden, leistet der Europaverdrossenheit der Bürger Vorschub. Ehrlicher wäre es gewesen, die Bürger über die europäischen Interdependenzen und daraus (neben allen Vorteilen) sich ergebende Pflichten zu informieren, anstatt scheinweise finanziellen Hilfsleistungen zuzustimmen, die man mit Blick auf die deutschen Wähler vorher lautstark abgelehnt hatte. Zielführender wäre es, ähnlich wie im deutschen Finanzföderalis-

mus über Möglichkeiten, Bedingungen und Grenzen eines europäischen Finanzausgleichs, sowie die damit verbundene Eigenverantwortung und Disziplin zu streiten und die zu seiner Umsetzung nötigen Instrumente der Politikgestaltung auf EU-Ebene zu entwickeln. Dazu gehören die notwendigen Kompetenzen für die Exekutive – aber eben auch die entsprechenden horizontalen und vertikalen Kontrollmöglichkeiten, um einen europäischen Finanzausgleich in demokratisch legitimierte Bahnen zu lenken und an gemeinsam entschiedene Bedingungen zu knüpfen.

*Wir brauchen eine europäische Gesellschaftsdebatte.* Die hier angesprochenen Kontroversen stellen keine „deutsch-französische“ Debatte dar, die nur zwischen beiden Regierungen geführt werden könnte. Es geht im Kern um eine politische Debatte über die anzustrebende europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der die Kontroversen nicht (nur) entlang der nationalen Grenzen verlaufen, sondern vielmehr entlang politischer Präferenzen.

Der zur „Lösung“ der Krise gewählte Ansatz in intergouvernementalen Verhandlungen außer-

*Fortsetzung auf Seite 4*



Teilnehmer beim Deutsch-Französischen Dialog in Otzenhausen (Quelle: Valeri Braun)

## Hochrangige Delegation aus der Demokratischen Republik Kongo zum Studienbesuch in Ludwigsburg



Jean Robert Esamba Boloko, Freddy Lusambulu und Henri Alinga Muke zu Besuch beim dfi (Quelle: dfi)

**Die afrikanischen Staaten durchlaufen eine tiefgreifende Transformationsphase und suchen nach den ihnen jeweils möglichen und angemessenen Demokratie- und Organisationsformen. Dies gilt in besonderem Maße für den Kongo, wo es nach dem blutigen Krieg um die Bildung eines modernen Staates geht.**

Ein Schlüssel der Reformen ist die Dezentralisierung mit dem Ziel, regionale Eigenheiten zu stär-

ken und lokale Autonomie zu fördern. Für diesen schwierigen Weg suchen die leitenden Beamten des Dezentralisierungsministeriums nach Inspiration, Modellen und Beratung. Der deutsche Föderalismus gilt hierbei als ein wichtiges Vergleichsobjekt.

Für fast zwei Wochen waren Henri Alinga Muke, Jean Robert Esamba Boloko und Freddy Lusambulu nach Ludwigsburg gekommen, um die verschiedenen Ebenen der Verwaltung, die Funktionsweisen der deutschen Demokratie und die

Formen der Bürgerbeteiligung kennen zu lernen. Ihr Aufenthalt begann mit einem Studientag am dfi, wobei ein Überblick über den Staatsaufbau und eine vergleichende Einordnung des deutschen Föderalismus präsentiert wurden. Am Ende ihres Aufenthaltes kamen die Teilnehmer zu einer Abschlussdiskussion erneut ins dfi, um die Erfahrungen zu reflektieren und die vielen Informationen zu bündeln.

Frank Baasner [baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de)

### dfi analyse

#### Fortsetzung von Seite 3

halb der EU-Institutionen Kompromisse zwischen nationalen Regierungen zu finden, stößt hier an seine Grenzen. In einem solchen Gefüge kann sich keine wirkliche politische Debatte entfalten, und es setzt sich immer das „Recht des Stärkeren“ durch, was am Ende zu Kompromissen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner führt. Politische Gestaltung ist so nicht möglich, und eine echt europäische Reaktion auf die Krise der EU ist das ebenfalls nicht.

Sollen die Bürger und die Parteien mit Blick auf die nächsten Wahlen von einer Flucht in ihre jeweiligen nationalen Trutzburgen und populistischen Luftschlösser abgehalten werden, dann müssen die verantwortlichen Politiker bei ihren Bürgern um politische Alternativen werben. Politische Führung darf sich nicht auf die Verteidigung des status quo beschränken; gerade die zwei selbst ernannten europäischen „Anführer“ Frankreich und Deutschland müssen dann den europäischen Politikprozess gestalten und dür-

fen sich nicht in nationalistischen Abwehrhaltungen erschöpfen.



Teilnehmer beim Deutsch-Französischen Dialog in Otzenhausen (Quelle: Valeri Braun)

Der Einwand, eine solche Agenda würde zu einer weiteren Politisierung der Europadebatte führen und dem latent vorhandenen Europaskeptizismus Vorschub leisten, trägt nicht. Wer das demokratische Europa der Bürger will, muss auch politische Debatten und Kontroversen zulassen. Nur aus solchen kontroversen Debatten kann ein Prozess entstehen, an dessen Ende wir uns – als Europäer – über die gemeinsam zu erreichenden Ziele und Prioritäten klar werden: Über die Zuordnung der Kompetenzen an die jeweiligen politischen Ebenen (lokal, regional, national und europäisch) und über die notwendigen Entscheidungs- und Kontrollinstrumente, um eine solche Politik umzusetzen. Darauf aufbauend lässt sich dann auch in einer europäischen Debatte diskutieren, welche Formen der finanziellen Solidarität und gleichzeitig Eigenverantwortung letztendlich wünschenswert sind.

Stefan Seidendorf [seidendorf@dfi.de](mailto:seidendorf@dfi.de)  
Henrik Uterwedde [uterwedde@dfi.de](mailto:uterwedde@dfi.de)



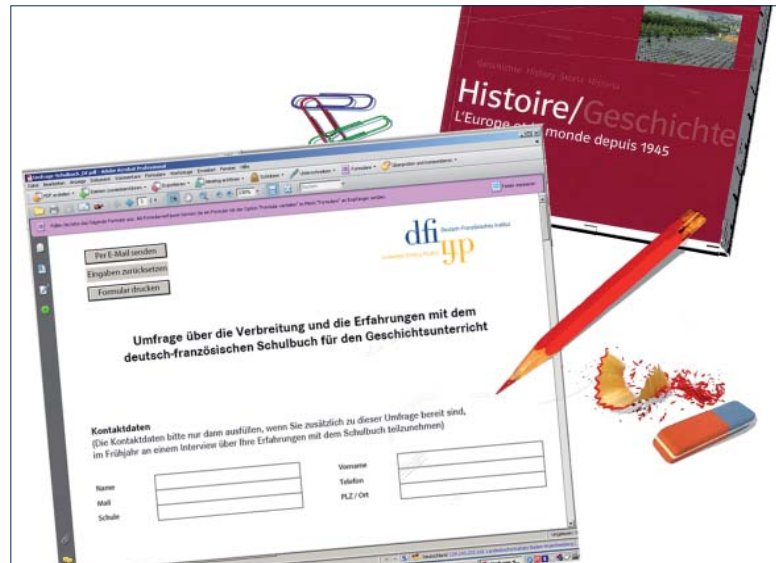
## Das gemeinsame Schulbuch im Unterricht: Wer nutzt das deutsch-französische Geschichtsbuch?

Frankreich und Deutschland sind weltweit die einzigen Länder, die ein gemeinsames Geschichtsbuch für den Schulunterricht in beiden Ländern zugelassen haben. Das inzwischen in drei Bänden auf Französisch und Deutsch vorliegende Buch „Histoire / Geschichte“ wurde für den Unterricht am Lycée und an Gymnasien in der Oberstufe (ab Klasse 10) entwickelt.

Um dieses Projekt zu realisieren, das anlässlich des 40. Jahrestags des Elysée-Vertrags 2003 in Berlin beschlossen worden war, mussten alle Beteiligten neue Wege gehen. Unter anderem gelang es den 16 deutschen Bundesländern zum ersten Mal, sich auf einen gemeinsamen Rahmenlehrplan Geschichte in der gymnasialen Oberstufe zu einigen. Das Resultat ist ein Schulbuch, das mit originellen und oft innovativen Vorschlägen aufwartet.

Nachdem nun erste Erfahrungen mit dem Buch im Schulunterricht gesammelt werden konnten, stellt sich jedoch die Frage, ob dieses anspruchsvolle Programm im Schulalltag umsetzbar ist. Dazu hat das dfi in den letzten Monaten einen Fragebogen entwickelt, der nun elektronisch verfügbar ist. Damit wollen wir herausfinden, wer das Schulbuch eigentlich benutzt bzw. nicht benutzt? Was sind die Gründe, warum das Buch (nicht) eingesetzt wird? Welche Erfahrungen und Vorbehalte gibt es dazu bei Lehrern und Schülern, in der Verwaltung und bei den damit befassten Wissenschaftlern?

Die Umfrage, die in französischer und deutscher Version existiert, richtet sich an Lehrer und Lehrerinnen, die das Geschichtsbuch kennen. Es ist da-



Umfrage zum deutsch-französischen Schulbuch  
(Quelle: Montage dfi)

bei nebensächlich, ob diese das Buch bereits im Unterricht eingesetzt haben oder nicht. Auf den Internetseiten des dfi findet sich der [Link zur Umfrage](#). Dieser öffnet ein PDF-Formular, das online ausgefüllt und dann per Knopfdruck oder als Mail-Anhang an das dfi zurückgeschickt werden kann. Die Umfrage dauert nicht länger als 15 Minuten.

- Zur Umfrage mit deutschem Formular (pdf-Datei)
- Zur Umfrage mit französischem Formular (pdf-Datei)

Um möglichst viele Antworten zu erhalten, ist das dfi auf Ihre Mithilfe angewiesen. Unterrichten Sie selbst und haben Erfahrung mit dem Schulbuch?

Oder haben Sie es bewusst nicht eingesetzt? Vielleicht kennen Sie ja auch Lehrerinnen und Lehrer, die sich für die Umfrage interessieren. Bitte weisen Sie diese auf unser Projekt hin; je höher die Teilnehmerzahl, desto zuverlässiger werden die Ergebnisse.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

Falls Sie Fragen zur Umfrage und zum Projekt haben oder uns weitere Informationen zum Einsatz des Schulbuchs zukommen lassen wollen, freuen wir uns über Ihre Email. Bei Interesse und Rückfragen senden Sie bitte eine Email an [Dr. Stefan Seidendorf](#), dfi.

Stefan Seidendorf

## Städtepartnerschaft Ludwigsburg–Montbéliard wird historisch

Seit mehr als 60 Jahren stehen Ludwigsburg und Montbéliard in einem engen Kooperationsverhältnis. Die erste deutsch-französische Städtepartnerschaft war bereits 1950 eine weitsichtige Gründung, und sie hat es bis heute verstanden, die Partnerschaft immer wieder neu zu beleben und mit zeitgemäßen Projekten zu füllen. Nach 60 Jahren Erfolg schien die Zeit gekommen, der Städtepartnerschaft ein Denkmal zu setzen: in Form eines Ausstellungsraumes im städtischen Museum Ludwigsburg, der am 20. März mit einem Festakt eröffnet wurde.



Ludwigsburgs Städtepartnerschaften (v.li.n.re.) mit Saint Charles in den USA (seit 1995), mit dem französischen Montbéliard (seit 1950), mit dem walisischen Caerphilly (seit 1960) und mit dem ukrainischen Jevpatorija (seit 1990).  
Quelle: dfi

Oberbürgermeister Werner Spec hob in seiner Begrüßung hervor, was in den Jahrzehnten intensiver Zusammenarbeit erreicht wurde: fachlicher Austausch, menschliche Begegnung, Bildungsarbeit, Kunst- und Gartenbauprojekte. Das nächs-

te Projekt wird sich der Zukunftsthematik der „E-Mobilität“ widmen, wobei beide Städte stark engagiert sind. Städtepartnerschaften sind kein Auslaufmodell, wie dfi-Direktor Frank Baasner in seiner Ansprache unterstrich, sondern ein wich-

tiger Baustein in der vernetzten europäischen Gesellschaft, die sich langsam aber sicher herausbildet.

Frank Baasner [baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de)

# „Deutsch-französische Aussöhnung und Kooperation – ist die Übertragung auf andere bilaterale Beziehungen möglich?“

## Zweiter Workshop des Projekts in Genshagen

Am 16. und 17. März 2011 fand auf Schloss Genshagen im Rahmen des Projekts „Deutsch-französische Aussöhnung und Kooperation – ist die Übertragung auf andere bilaterale Beziehungen möglich?“ der zweite Workshop statt. Das von der Robert Bosch Stiftung finanzierte Projekt wird vom dfi in Zusammenarbeit mit der Stiftung Genshagen durchgeführt.

Ziel ist ein analytischer Zugang zu den deutsch-französischen Beziehungen, der die Existenz der besonders engen Kontakte zwischen diesen beiden Ländern über ein allgemeines Modell erklären kann. So soll festgestellt werden, ob und in welchem Maße „Lehren“ aus dem deutsch-französischen Modell auf andere Konstellationen übertragen werden können.

Während des Workshops wurde ein Modell der amerikanischen Politikwissenschaftlerin Lily Gardner Feldman (1999) vorgestellt. In ihren Untersuchungen hat die Forscherin die deutsch-französischen, deutsch-polnischen, deutsch-tschechischen und deutsch-israelischen Beziehungen über vier allgemeine Variablen erfasst: Das Verhältnis zur Geschichte, der politische Wille, das internationale Umfeld und die institutionelle Verankerung des bilateralen Verhältnisses. Die unterschiedlichen Ausprägungen und Kombinationen dieser Va-



(v.l.n.re.) Diskussion in Genshagen mit Prof. Dr. Frank Baasner, dfi; Dr. Martin Koopmann, Stiftung Genshagen; Dr. Eva Sabine Kuntz, DFJW  
(Quelle: Annika Gerdon, dfi)

riablen erlauben es, verschiedene Konstellationen und Politikbereiche zu beschreiben, zu analysieren und zu vergleichen. Die Teilnehmer am Workshop in Genshagen einigten sich darauf, dieses Modell als analytischen Rahmen für ihre Fallstudien anzuwenden. So kann das Projekt einerseits mehr als einen rein deskriptiven Beitrag zu einzelnen Themenfeldern der Zusammenarbeit liefern. Andererseits erlaubt die so gewonnene Vergleichbarkeit, Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen verschiedenen Politikbereichen der deutsch-französischen Kooperation, aber auch im Vergleich mit den deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Beziehungen zu gewinnen. Im weiteren Verlauf des Workshops wurden dann die verschiedenen Fallstudien vorgestellt und im Hinblick auf eine Anwendbarkeit des Modells diskutiert.

Der nächste und letzte Workshop des Projekts wird erneut auf Schloss Genshagen stattfinden. Am 30. und 31. Mai werden nochmals die Fortschritte der unterschiedlichen Beiträge diskutiert

und die Ergebnisse der Studien im Hinblick auf die Abschlusskonferenz im Februar 2012 verglichen. Am Ende des Projekts werden der Öffentlichkeit eine Zusammenfassung der Ergebnisse auf Deutsch präsentiert, sowie die ausführlichen Ergebnisse in drei Sprachen (Deutsch, Französisch, Englisch) im Internet zugänglich gemacht.

Clémentine Chaigneau [chaigneau@dfi.de](mailto:chaigneau@dfi.de)



(v.l.n.re.) Dr. Stefan Seidendorf dfi; Clémentine Chaigneau, dfi; Annika Gerdon, dfi; Prof. Dr. Frank Baasner, dfi (Quelle: Annika Gerdon, dfi)

## Zukunft des Agro-Business: deutsch-französischer Kongress in Metz

Bereits zum vierten Mal kamen am 4. und 5. Mai auf Einladung des Conseil général des Départements Moselle rund 200 Industrielle, Politiker und Wissenschaftler zusammen, um über Zukunftsfragen der Industrie zu debattieren.

Die jüngste Tagung stand im Zeichen der Landwirtschaft und der Ernährungsindustrie: Welche Herausforderungen und Handlungszwänge, aber auch Chancen liegen in den weltweiten Herausforderungen der Welternährung, der Energie- und der Rohstoffknappheit? Wie sind die französischen und die deutsche

Wirtschaft auf die Entwicklung nachwachsender Rohstoffe und „grüner“ Energien eingestellt? Auch Vertreter des diesjährigen Gastlandes USA beteiligten sich an den Diskussionen. Dabei kamen auch kontroverse gesellschaftliche Positionen, etwa zur Gentechnik oder zur Kernkraft, zur Sprache. Das dfi ist Partner dieser außergewöhnlichen Veranstaltungsreihe (siehe [dfi aktuell](#) Nr. 1/2010)

Nähere Informationen:  
[www.colloque-industrie.fr](http://www.colloque-industrie.fr)

Henrik Uterwedde  
[uterwedde@dfi.de](mailto:uterwedde@dfi.de)



Der frühere Präsident des Départements Philippe Leroy (Bildmitte) ist der Initiator der deutsch-französischen Kongressreihe (links: Jo Leinen MdEP, rechts: der französische Senatspräsident Gérard Larcher) Quelle: Conseil général des Départements Moselle



Das dfi als Partner der Veranstaltung war durch Henrik Uterwedde vertreten



## Gemeinsame Erinnerungskultur: Erstes Treffen zwischen einem Zeitzeugen und einer Schulklasse aus Mulhouse

Sechs Wochen beschäftigten sich die Schüler einer Abi-bac-Klasse des Lycée Lambert in Mulhouse mit der Rede de Gaulles 1962 in Ludwigsburg. Grundlage ihrer Arbeit war ein vom Deutsch-Französischen Institut (dfi) zusammengestellter Koffer mit ausgewählten Quellen zu diesem Thema; die Schüler konnten sich mit originalen Dokumenten, mit Zeitungsartikeln aus Frankreich und Deutschland, einer Dokumentation auf DVD und mit wissenschaftlichen Texten befassen

Abschluss der Arbeit war dann die Exkursion nach Ludwigsburg am 6. Mai 2011; die 27 Schüler wurden im dfi empfangen und konnten sich die Video-Aufnahme der Rede de Gaulles ansehen. Mittelpunkt des Besuchs war dann die Begegnung mit einer Zeitzeugin, Hannelore Braun, die 1962 als junge Frau im Schlosshof dabei war und den Auftritt des Generals noch persönlich erlebte. Sie konnte den Schülern das Ereignis nahe bringen und die Anfänge der deutsch-französischen Kooperation mit konkreten Beispielen aus ihrem ehrenamtlichen Engagement und ihrer 50-jährigen Erfahrung im Deutsch-Französischen Institut mit neuen und persönlichen Aspekten darstellen. Die Schüler beendeten den Tag mit einem Besuch im Städtischen Museum



Die Schülergruppe auf dem Marktplatz in Ludwigsburg (Quelle: dfi)

Ludwigsburg bei der Ausstellung „Beziehungskisten“, die die Geschichte der Städtepartnerschaften auf originelle Weise vorstellt, sowie mit einem Spaziergang zum Schloss. Die Klasse konnte dort, noch beeindruckt von den Erzählungen Brauns, den Ort der berühmten Rede selbst sehen.

In den nächsten Wochen werden weitere Begegnungen stattfinden, unter anderem in Straßburg und Tübingen. Das Projekt richtet sich in erster Linie an bilinguale Schulen in Baden-Württemberg,

Begegnung mit der Zeitzeugin Hannelore Braun



berg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Lothringen und dem Elsass und ermöglicht interessierten Lehrern, mit thematisch zusammengestellten Kofferinhalten ausgewählte Themen der Epoche 1945 - 1963 zu bearbeiten.

Bénédicte Weste [weste@dfi.de](mailto:weste@dfi.de)

## dfi Service

### Hélène Kohl: Une vie de pintade à Berlin (singgem. „Freche Mädels in Berlin“)

Hélène Kohl gehört zu jener Generation junger Französisinnen, die ihre Neugier und Faszination gegenüber Deutschland in ein berufliches und persönliches Projekt haben münden lassen: Leben in Berlin! Die erfolgreiche Journalistin, die sich als Korrespondentin für Presse, Radio und Fernsehen einen Namen gemacht hat, legt nun ein Buch über ihre Erfahrungen in Berlin vor, ein Buch über „ihr“ Berlin.

Diese Gattung boomt seit vielen Jahren. Verkaufserfolge wie Clarkes Serie über Paris (begonnen mit „A year in the Merde“) oder Jan Weilers Italienbücher (das erste mit dem schönen Titel „Maria, ihm schmeckt's nicht“) zeigen, dass trotz aller Globalisierung und Angleichung der Kulturen ein großes Interesse an kulturvergleichenden, meist liebevoll humoristischen Beobachtungen bestehen bleibt. Kohls Buch knüpft an berühmte, wenn auch jeweils ganz unterschiedliche Deutschlandbücher an –



Brigitte Sauzay oder Daniel Goeudevert seien als zwei der bekanntesten Autoren an dieser Stelle genannt. Es erwartet Sie eine abwechslungsreiche, amüsante und anregende Lektüre.

Frank Baasner [baasner@dfi.de](mailto:baasner@dfi.de)

Kohl, Hélène, *Une vie de pintade à Berlin: portraits piquants des Berlinoises*

Paris: Calmann-Lévy 2011 380 S. III., ISBN: 978-2-7021-4181-6

## Migration und Integration in Frankreich und Deutschland – eine Materialsammlung zur Unterstützung des bilingualen Unterrichts

Im Januar hat das Deutsch-Französische Institut (dfi) gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Gymnasien mit zweisprachig deutsch-französischem Zug in Deutschland (AG Franz-Biling) eine neue Materialsammlung für den bilingualen Sachfachunterricht in Deutschland und Frankreich herausgegeben.

14 deutsche und französische Lehrkräfte, die selbst bilingual unterrichten, haben die auf der CD verfügbaren Materialien zur Behandlung des Themas „Migration und Integration“ ausgewählt und didaktisiert. Das Projekt wurde von der Robert Bosch Stiftung und von der Dr. Karl Eisele und Elisabeth Eisele Stiftung finanziell unterstützt.

Neben umfangreichen Angeboten für den Deutsch- und Französischunterricht stehen Zusammenstellungen zur religiös, politisch und wirtschaftlich motivierten Migration für den Geschichtsunterricht, zu den Auswirkungen der Mi-



Die deutsch-französische Lehrergemeinschaft auf der Terrasse des dfi

gration und den Arten von Grenzen für den Geographieunterricht und zur illegalen und legalen Migration für den Gemeinschaftskunde- oder Politikunterricht zur Verfügung.

Alle Themen werden aus der deutschen und der französischen Perspektive behandelt, zum Teil mit räumlichen Schwerpunkten aus der Sicht der jeweiligen Autoren. Da das Quellenmaterial nur in der Originalsprache angeboten wird, finden sich in der deutschen bzw. französischen Sprachversion der CD zahlreiche Texte in der jeweils anderen Sprache. Gerade dies aber macht

den besonderen Reiz der Materialsammlung aus, wird doch den Schülerinnen und Schülern dadurch ein wertneutrales Urteil aus unterschiedlicher Perspektive ermöglicht.

Die Sammlung kann über die Homepage des dfi unter [http://www.dfi.de/de/kontakt\\_formular\\_cd\\_mig.shtml](http://www.dfi.de/de/kontakt_formular_cd_mig.shtml) bestellt werden. Dank der besonderen Unterstützung durch die AG Franz-Biling ist die Bestellung für Lehrkräfte kostenfrei.

Martin Villinger [villinger@dfi.de](mailto:villinger@dfi.de)

## Neuaufgabe der Materialsammlung zur politischen Teilhabe in Frankreich

Im Jahr 2004 hat das Deutsch-Französische Institut in enger Kooperation mit Lehrkräften verschiedener bilingualer Gymnasien in Baden-Württemberg ein Dossier zur politischen Teilhabe in Deutschland und Frankreich erarbeitet. Im April wurde nun eine auf Frankreich fokussierte elektronische Neuaufgabe dieser Sammlung für den Gemeinschaftskundeunterricht in der Zielsprache Französisch veröffentlicht.

Auf eine didaktische Aufbereitung des angebotenen Materials wurde zugunsten einer umfangreicheren Text- und Materialsammlung verzichtet. Auf der CD finden sich zahlreiche Artikel, die das politische System, die politische Kultur und die Parteienlandschaft Frankreichs mit den Gegebenheiten in anderen Ländern vergleichen.

Da im Fach Gemeinschaftskunde häufig eine induktive Vorgehensweise gewählt wird und abstrakte Inhalte anhand aktueller Beispiele aus der gesellschaftlichen Realität bearbeitet werden, haben wir die Inhalte aus dem Jahr 2004 durch neuere Texte ersetzt. Um dem Nutzer jederzeit aktuelles Material zu Wahlen und Parteien zur Verfügung zu stellen, sind in allen Kapiteln Links auf die jeweils passenden

Systematikstellen des Pressearchivs des Deutsch-Französischen Instituts (dfi) hinterlegt, über die direkt Kopien von Presseartikeln zu politischen Entwicklungen in Frankreich bestellt werden können. Zur Hintergrundinformation enthält die Sammlung außerdem zahlreiche Hinweise auf wissenschaftliche Analysen in deutscher, französischer und englischer Sprache, auf die der Nutzer in vielen Fällen direkt online zugreifen kann.

Die Sammlung kann über die Homepage des dfi unter [http://www.dfi.de/de/kontakt\\_formular\\_cd\\_pol.shtml](http://www.dfi.de/de/kontakt_formular_cd_pol.shtml) gegen einen Kostenbeitrag von 5 € bestellt werden.

Martin Villinger [villinger@dfi.de](mailto:villinger@dfi.de)



Öffentliche Abstimmung in der Schweiz (Quelle: Marc Schlumpf/Wikipedia)

### Termine

#### 17. Mai

Buchvorstellung „Stadtentwicklung und Integration Jugendlicher in Deutschland und Frankreich“, Lyon, in Zusammenarbeit mit der Stiftung Wüstenrot

#### 23. – 25. Juni

XXVII. Jahrestagung des dfi: „Frankreich als Kulturland? – Kulturelle Dimensionen des gesellschaftlichen Wandels“, Ludwigsburg

Till Raczek [raczek@dfi.de](mailto:raczek@dfi.de)

### Impressum

Deutsch-Französisches Institut  
Asperger Straße 34  
D-71634 Ludwigsburg  
Tel +49 (0)7141 93 03 0  
Fax +49 (0)7141 93 03 50  
[www.dfi.de](http://www.dfi.de)  
[info@dfi.de](mailto:info@dfi.de)  
Redaktion: Waltraut Kruse  
Verantwortlich für den Inhalt:  
Prof. Dr. Frank Baasner